

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Georg Pfannenstein, Klaus Barthel, Wolfgang Behrendt, Lilo Blunck, Tilo Braune, Hans Büttner (Ingolstadt), Marion Caspers-Merk, Dr. Marliese Dobberthien, Gernot Erler, Petra Ernstberger, Annette Faße, Gabriele Fograscher, Katrin Fuchs (Verl), Norbert Gansel, Konrad Gilges, Günter Gloser, Angelika Graf (Rosenheim), Hans-Joachim Hacker, Dr. Liesel Hartenstein, Uwe Hicks, Reinhold Hiller (Lübeck), Frank Hofmann (Volkach), Brunhilde Irber, Gabriele Iwersen, Jann-Peter Janssen, Walter Kolbow, Volker Kröning, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Robert Leidinger, Klaus Lennartz, Dr. Christine Lucyga, Ulrike Mascher, Christoph Matschie, Heide Mattischeck, Ulrike Mehl, Angelika Mertens, Michael Müller (Düsseldorf), Jutta Müller (Völklingen), Manfred Opel, Dietmar Schütz (Oldenburg), Dr. Angelica Schwall-Düren, Horst Sielaff, Erika Simm, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Wolfgang Spanier, Ludwig Stiegler, Dr. Bodo Teichmann, Margitta Terborg, Jella Teuchner, Franz Thönnies, Uta Titze-Stecher, Günter Verheugen, Dr. Wolfgang Wodarg, Verena Wohlleben, Heidemarie Wright und Uta Zapf
— Drucksache 13/4486 —

Gefährdung von Mensch und Meeresumwelt durch seeversenkte chemische Kampfstoffe

In Deutschland wurden bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als 65 000 Tonnen hochtoxischer chemischer Kampfstoffe hergestellt, die zu über 300 000 Tonnen Kampfstoffmunition verarbeitet wurden. Große Teile wurden von den Alliierten bis 1948 vornehmlich in der Ostsee und im Skagerrak versenkt. Auch danach wurden weitere Mengen von Kampfstoffen durch die Sowjetunion und die DDR in die Ostsee verbracht. Zudem versenkten Großbritannien und Belgien zwischen 1920 und 1980 Kampfstoffe in der Nordsee und im Atlantik bzw. dem Golf von Biskaya.

Angesichts bruchstückhafter und fehlerhafter Aufzeichnungen kann nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß alle Versen-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr vom 15. Mai 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

kungsgebiete bekannt sind. Auch innerhalb der großflächig bekannten Regionen, in denen Versenkungen vorgenommen wurden, ist zum einen die Lage der einzelnen, die Munition tragenden Schiffswracks oft nicht auszuweisen. Zum anderen sind teilweise Menge und Art der versenkten Kampfstoffe in bestimmten Versenkungsgebieten ebenso unklar wie der Zustand der Munitionsbehälter, die im Seewasser der Korrosion ausgesetzt sind und im Laufe der Zeit zunehmende Mengen an Kampfstoffen an die Umwelt abgeben.

Für Personen, die mit den teilweise noch aktiven Kampfstoffen in Berührung kommen, bestehen erhebliche akute Gesundheitsgefährdungen. So kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Zwischenfällen, bei denen durch das Fischen mit Grundschieppnetzen Bomben, Kampfstoffmunition oder Klumpen des kaum wasserlöslichen Kampfstoffes Zählst (Senfgas) an die Oberfläche gelangten und zur Kontamination von Fischereifahrzeugen und Fang sowie zur Verletzung von Besatzungsmitgliedern führten. Darüber hinaus sind mögliche Langzeitrisiken, die von den Stoffen und ihren Abbauprodukten für die Meeresflora und -fauna ausgehen könnten, bislang nicht zufriedenstellend erforscht worden. Besonders für die ohnehin stark belastete Ostsee, die relativ geringe Wassertiefen und einen geringen Wasseraustausch aufweist, sind entsprechende Erkenntnisse aber von großer Bedeutung.

Trotz akuter und möglicher langfristiger Risiken wird die Bergung und Entsorgung von Kampfstoffaltlasten von den Anrainerstaaten unter Verweis auf den finanziellen Aufwand, auf technische Schwierigkeiten und Sicherheitsbedenken aber überwiegend abgelehnt.

Vorbemerkung

Die Problematik in der Ostsee versenkter Kampfstoffe hat für alle Anrainerstaaten große Bedeutung. Die Bundesregierung hat 1992 die Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Chemische Kampfstoffe in der Ostsee“ eingerichtet, die 1993 mit dem Untersuchungsbericht „Chemische Kampfstoffmunition in der südlichen und westlichen Ostsee“ eine umfassende Bestandsaufnahme der chemischen Kampfstoffmunition in der Ostsee vorgelegt hat. Die Versenkungsgebiete liegen ausnahmslos außerhalb des deutschen Hoheitsgebiets. Inwieweit auch auf den Transportwegen zu den Versenkungsgebieten Kampfstoffmunition vorhanden sein könnte, bedarf noch einer endgültigen Klärung. Die Bundesregierung sieht deshalb den Schwerpunkt in der internationalen Zusammenarbeit. Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied in der aus internationalen Experten bestehenden Arbeitsgruppe („Working Group on Dumped Chemical Munition“) des HELSINKI-Übereinkommens zum Schutz der Ostsee. Zudem besteht eine enge Zusammenarbeit mit Dänemark, in deren Hoheitsgebiet der weitaus größte Teil der versenkten chemischen Kampfstoffe lagert.

1. Geht die Bundesregierung davon aus, daß alle Versenkungsgebiete von chemischen Kampfstoffen in Nord- und Ostsee bekannt sind, und falls nein, welche Maßnahmen unternimmt sie auf nationaler Ebene, im Rahmen der Helsinki Commission oder anderer Gremien internationaler Zusammenarbeit, um die Versenkungsgebiete und die Lage der Munition innerhalb dieser Gebiete vollständig und genau zu identifizieren?

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Versenkungsgebiete in der Ostsee bekannt sind, in denen zwischen 1945 und 1947 Kampfstoffmunition versenkt worden ist.

Presseberichte, nach denen nach 1947 auch Bestände der ehemaligen UdSSR in der Ostsee versenkt wurden, sind von russischer Seite bisher dementiert worden.

Es besteht jedoch der Verdacht, daß auf den Transportwegen von dem Verladehafen Wolgast in das Versenkungsgebiet bei Bornholm Teilmengen der Munition über Bord gegeben worden sind. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) hat gemeinsam mit der Bundesmarine begonnen, in diesen Gebieten Untersuchungen durchzuführen (siehe Frage 2).

Nach Aussage des Niedersächsischen Umweltministeriums befinden sich in den niedersächsischen Küstengewässern der Nordsee keine chemischen Kampfstoffe. Darüber hinausgehende Erkenntnisse liegen nicht vor.

2. Welche Angaben kann die Bundesregierung über die bereits auf den Transportwegen zwischen Peenemünde bzw. Wolgast und dem offiziellen Versenkungsgebiet östlich von Bornholm versenkte Kampfstoffmunition machen?

Die Transportwege werden seit Anfang 1994 vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie engmaschig mit hydroakustischen und magnetischen Verfahren untersucht. Bisher haben vier Meßfahrten stattgefunden, auf denen ca. 80 % der Transportwege flächendeckend vermessen wurden. Die fünfte Meßkampagne findet zur Zeit statt.

Ziel der BSH-Untersuchungen ist es, unter Beteiligung der Bundesmarine, alle auffälligen Sonarkontakte und alle magnetischen Anomalien, die auf stahlhaltige Objekte hindeuten, zu erfassen, zu kartieren und zu klassifizieren. Bisher wurden insgesamt ca. 500 magnetische Anomalien registriert und ca. 1000 Sonarkontakte aufgenommen.

Cirka 5 bis 10 % der Sonarkontakte korrelieren mit magnetischen Anomalien. Sie deuten auf eiserne Objekte hin, die auf dem Meeresboden liegen. Die Identifizierung dieser Objekte wird das Ziel weiterer Untersuchungen sein. Es muß davon ausgegangen werden, daß es sich beim überwiegenden Teil der georteten Objekte um Wrackreste, Schrott und ähnliche eisenhaltige Gegenstände handelt. Nach den bisherigen Ergebnissen befinden sich in den untersuchten Gebieten mit sehr großer Wahrscheinlichkeit keine Anhäufungen von Munitionskörpern.

3. Wo und in welcher Tiefe befinden sich die der Meeresoberfläche am nächsten gelegenen Kampfstoffbehältnisse?

Nach derzeitigem Kenntnisstand am Südausgang des Kleinen Belts auf dem dänischen Festlandssockel. Die Wassertiefe beträgt dort 30 Meter.

4. Kann die Bundesregierung ausschließen, daß chemische Kampfstoffe auf dem Meeresgrund innerhalb der Hoheitsgewässer der Bundesrepublik Deutschland liegen?

Für die Ostsee werden derzeit Untersuchungen auf den ehemaligen Transportwegen durchgeführt. Für die Nordsee wird auf die vorliegenden Erkenntnisse (siehe auch Frage 1) hingewiesen.

5. a) Wie groß ist nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Bundesregierung die gesamte Nettomenge der in der Ostsee bzw. in der Nordsee versenkten Kampfstoffe?

In der Ostsee wurden ca. 13 000 t chemische Kampfstoffe versenkt (ca. 39 000 t Munition).

- b) Aus welchen Anteilen welcher Kampfstoffe setzt sich diese Gesamtmenge zusammen?

Die im Bornholm- und Gotland-Becken versenkten Munitionskörper enthalten 3 761 t arsenhaltige Kampfstoffe und 7 635 t S-Lost.

Im Kleinen Belt wurden rd. 750 t Tabun und Phosgen versenkt. Bereits 1971/1972 wurde aber bei Probeentnahmen dieser Kampfstoffmunition festgestellt, daß ein großer Teil der Munition, die ungefähr 50 cm in den Schlick eingesunken war, durch Korrosion zerstört war und keinen Kampfstoff mehr enthielt; auch in den in unmittelbarer Nähe genommenen Wasser- und Sedimentproben konnten keine Spuren der Kampfstoffe nachgewiesen werden.

6. Verfügt die Bundesregierung über vollständige Angaben zu Art und Menge der versenkten chemischen Kampfstoffe im Seegebiet südwestlich von Bornholm sowie im Gotland-Becken, und falls ja, wie lauten diese?

Ja (siehe Tabelle).

Mengen und Zusammensetzung der versenkten Kampfstoffe (t)

Bornholm-Becken

	S-Lost	Arsen halt. *)	Adamsit	CAP**)	Andere	Gesamt
Flieger-Bomben	5 920	906	591	479		7 896
Artillerie-Geschosse	671		61	36		768
Minen	42					42
Explosivstoffe	314					314
Behälter, Fässer	80	203	693		74	1 050
Nebeltöpfe			65			65
Container		924	18			942
Summe	7 027	2 033	1 428	515	74	11 077

Versenkungsgebiet südlich von Gotland

	S-Lost	Arsen halt. *)	Adamsit	CAP**)	Andere	Gesamt
Flieger-Bomben	512	78	51	41		682
Artillerie-Geschosse	58		5	3		66
Minen	4					4
Explosivstoffe	27					27
Behälter, Fässer	7	18	60		6	91
Nebeltöpfe			6			6
Container		80	2			82
Summe	608	176	124	44	6	958

*) = Clark I, Clark II, Arsin-Öl.

**) = Chloracetophenon.

Quelle: Report on the Chemical Munition of the Baltic Sea, HELCOM, Januar 1994.

- 7 a) Welche Mengen welchen Kampfstoffes wurden durch die DDR in die Ostsee verbracht?

Von Institutionen der ehemaligen DDR wurden nach vorliegenden Erkenntnissen ca. 200 bis 300 t Kampfstoffmunition im Bornholm-Becken versenkt.

- b) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Deutschland für die durch die DDR in der Ostsee verklappten chemischen Kampfstoffe als Rechtsnachfolger verantwortlich ist?

Nein. Mit dem 3. Oktober 1990 ist die DDR ersatzlos weggefallen und als Rechtssubjekt untergegangen. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht deren Gesamtrechtsnachfolgerin.

8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die von 1970 bis 1992 ständig gestiegene Anzahl der Funde von chemischen Kampfstoffen aus der Ostsee, die der dänischen Regierung gemeldet wurden, ein wachsendes Gefährdungspotential signalisieren?

Nein. Die der dänischen Regierung gemeldeten Funde der letzten zehn Jahre zeigen keinen ständigen Anstieg. Vielmehr hängt die Anzahl der Funde von der variierenden Fischpopulation in den Versenkungsgebieten ab, da das Fischvorkommen und die damit zusammenhängenden Fangaktivitäten die Anzahl der Funde beeinflusst. In 1991 wurden über 100 Kampfstofffunde gemeldet; in 1993 und 1994 jeweils nur drei Fälle, da die Schellfischfangrate erheblich reduziert worden ist.

9. a) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß trotz der Gefahrenhinweise in Seekarten erfahrungsgemäß in den Versenkungsgebieten gefischt wird?

Die Versenkungsgebiete liegen außerhalb der deutschen Jurisdiktion. Die Bundesregierung bedauert, daß trotz der Hinweise in den Versenkungsgebieten gefischt wird.

- b) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß zur Minimierung der Gefahren ein Verbot der Fischerei mit Grundschieppnetzen oder andere Einschränkungen des Fischfangs in den Versenkungsgebieten geboten wären?

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der HELSINKI-Kommission dafür eingesetzt, ein Fischereiverbot mit Grundschieppnetzen in den Versenkungsgebieten durchzusetzen. Die Bundesregierung wird sich weiterhin für die Annahme ihrer Forderung einsetzen.

10. a) Wie viele Funde von Kampfstoffen auf Nord- und Ostsee gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit 1970?

In der Ostsee wurden seit 1976 ca. 500 Meldungen bekannt, die sich weitestgehend auf das Bornholm-Becken beziehen. Für die Nordsee liegen keine Meldungen vor.

- b) In wie vielen Fällen wurden dabei Menschen durch den Kontakt mit chemischen Kampfstoffen verletzt oder getötet?

In der Vergangenheit ist es in Einzelfällen (Besatzung von Fischereifahrzeugen) zu Verletzungen gekommen. Eine Gesamtstatistik liegt nicht vor. Todesfälle sind nicht bekannt.

11. a) Existiert in der Bundesrepublik Deutschland eine Meldepflicht für Kampfstofffunde?

Es besteht keine Meldepflicht. Bei Verletzungen durch Kampfstoffe ist über die Unfallanzeige gegenüber der See-Berufsgenossenschaft eine Erfassung möglich.

- b) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß eine einheitliche Meldepflicht und Entschädigungspraxis unter den Ostsee-Anrainerstaaten eine notwendige Voraussetzung für die vollständige Feststellung der Lage seeversenkter Kampfstoffe und eine Abschätzung der damit zusammenhängenden Gefahren ist?

Nein. Die Versenkungsgebiete von chemischen Kampfstoffen sind bekannt. Eine Abschätzung der damit zusammenhängenden Gefahren kann mit einer einheitlichen Meldepflicht und Entschädigungspraxis nicht erreicht werden. Die Meldepflicht würde zwar die Informationslage graduell verbessern, aber nach dänischer Erfahrung ist auch dann noch mit einer erheblichen Dunkelziffer zu rechnen.

12. Sieht die Bundesregierung Alternativen zu der gängigen Praxis, aufgefundene Munitionsbehälter oder Zählstklumpen sofort wieder ins Meer zurückzubefördern, zumal diese Praxis zu einer weiteren Streuung der Kampfstoffmunition beiträgt?

Die „gängige Praxis“ in dänischen Gewässern sieht eine erneute Versenkung nur dann vor, wenn die Gefahr einer Explosion und Freisetzung des Kampfstoffes besteht. Ansonsten ist eine Entsorgung an Land vorgesehen. Dies wird als vernünftige Regelung angesehen.

13. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um eine ausreichende Arbeitsschutz- und Sicherheitsbelehrung für den Umgang mit Kampfstofffunden bei Beschäftigten in der Fischerei zu gewährleisten?

Die See-Berufsgenossenschaft hat auf Bitte der Bundesregierung das aus dem Jahre 1986 stammende Merkblatt über das Verhalten bei Kampfstoffvergiftungen auf Fischereifahrzeugen überarbeitet. Bei der Überarbeitung wurden die Erfahrungen anderer Ostsee-anrainerstaaten berücksichtigt. Das überarbeitete Merkblatt vom 30. September 1994 bildet die Grundlage für die Arbeitsschutz- und Sicherheitsbelehrungen für den Umgang mit Kampfstofffunden bei den Beschäftigten in der Fischerei und hat sich in der

Praxis bewährt. Dieses Merkblatt ist von den Fischern mitzuführen.

Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung dafür ein, im Rahmen des HELSINKI-Übereinkommens internationale Leitlinien für den Umgang mit Kampfstoffen zu erstellen.

14. Welche Anstrengungen werden unternommen, Seekarten in bezug auf die Kennzeichnung der Lage versenkter chemischer Kampfstoffe auf dem jeweils neuesten Stand der Erkenntnisse zu halten?

Die in der Ostsee bekannten Versenkungsgebiete sind in die amtlichen deutschen Seekarten aufgenommen und als solche gekennzeichnet. Neue Erkenntnisse würden sofort in die Seekarten aufgenommen.

15. a) Sind der Bundesregierung Funde von angelandeter Kampfstoffmunition, von Zählst oder anderen toxischen Verbindungen aus chemischen Kampfstoffen an der Küste von Nord- und Ostsee-Anrainerstaaten bekannt, und wenn ja, wie viele?

Nach vorliegenden Kenntnissen wurden bisher keine Kampfstoffmunitions-, Zählst- oder andere Reste toxischer Verbindungen aus Kampfstoffen an Küsten der Nord- und Ostsee angeschwemmt.

Bisher gibt es zwei belegte Funde: Eine Lost-Bombe an der Küste von Bornholm im Jahre 1992 wurde nach dänischen Annahmen nicht angeschwemmt, sondern dort abgelegt. Eine Kampfstoffbombe, die 1954 auf Rügen gefunden wurde, stammt wahrscheinlich direkt aus einem Munitionstransport; eine Verlagerung durch Meeresströmungen aus dem ca. 100 m tiefen Bornholm-Becken ist auszuschließen.

- b) Inwieweit kann die Bundesregierung für die Zukunft ausschließen, daß durch Meeresströmungen (beispielsweise die Westdrift der Ostsee) Kampfstoffbehälter, Kampfstoffmunition oder aus schadhafter Munition ausgetretene toxische Verbindungen (v. a. Zählstklumpen) aus den eigentlichen Versenkungsgebieten heraus in küstennahe Gewässer oder an Land geschwemmt werden?

Aufgrund der hydrographischen Verhältnisse und der vorliegenden Erkenntnisse ist auszuschließen, daß versenkte Munition oder Kampfstoffreste aus den Versenkungsgebieten der Ostsee durch Strömungen an die Küsten gelangen.

16. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Wahrscheinlichkeit ein, daß durch die natürliche Freisetzung von Faulgasen am Meeresgrund chemische Kampfstoffe in höhere Wasserschichten oder gar an die Oberfläche gespült werden?

Ein Auftreiben von Kampfstoffen durch anhaftende Faulgase wird ausgeschlossen.

17. a) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 1993 getroffen, um den Zustand der versenkten Kampfstoffmunition und des verbleibenden Gefährdungspotentials zu untersuchen?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

- b) Wann werden nach Einschätzung der Bundesregierung die höchsten Raten beim Austritt von Kampfstoffresten aus den zunehmend korrodierenden Behältnissen in der Ostsee zu erwarten sein?

Diese Frage läßt sich nicht exakt beantworten, da eine Vielzahl von nicht quantifizierbaren Einflußgrößen die Korrosionsprozesse beeinflussen. Es wird davon ausgegangen – und die Erfahrung bestätigt dies –, daß die Durchrostung kontinuierlich erfolgt.

18. Welche chemischen und biologischen Untersuchungen wurden seit 1993 in den Versenkungsgebieten zur Ermittlung der Gefährdung des biotischen Systems durchgeführt?
19. Welche Laboruntersuchungen zur Ökotoxikologie und zum Abbauverhalten der Kampfstoffe wurden seit 1993 durchgeführt?

In Deutschland wurden keine speziellen Untersuchungen außerhalb des normalen Baltic Monitoring Program durchgeführt. Dänemark, Schweden und Rußland haben jedoch Sonderuntersuchungen begonnen. Es liegen aber noch keine Ergebnisse vor.

20. Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die seit Jahren festzustellende Steigerung von Arsenbelastungen in Ostseefischen durch die Freisetzung von Arsenverbindungen als Abbauprodukt von Kampfstoffen wie Clark I, Clark II, Lewisit oder Adamsit mitverursacht wird?

Über die Zeiträume, in welchen freigesetzte arsenhaltige Kampfstoffe zu anorganischen Arsenverbindungen abgebaut werden, ist wenig bekannt. Da sie relativ beständig und schwerlöslich sind, ist eine Erhöhung der As-Konzentration eher im Sediment als im Meerwasser zu erwarten. Auch eine Freisetzung des gesamten in den Kampfstoffen befindlichen Arsens in das Meerwasser würde wegen der Verdünnung nur zu einer unwesentlichen Erhöhung des natürlichen Arsengehalts führen. Das im Sediment befindliche anorganische Arsen wird durch Mikroorganismen zu organischen Arsenverbindungen umgewandelt und in dieser Form von den höheren Organismen aufgenommen. In Fischen liegt somit das Arsen fast ausschließlich in Form ungiftiger organischer Arsenkomplexverbindungen vor.

Auch der in Kürze erscheinende dritte periodische Zustandsbericht der Ostsee (3rd Periodic Assessment of the State of the

Marine Environment of the Baltic Sea (HELCOM) kommt zu dem Ergebnis, daß eine Zunahme der Arsengehalte in Fischen nicht festzustellen ist.

21. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Ergebnisse der von der belgischen Regierung für das Jahr 1995 angekündigten chemischen Untersuchungen in den belgischen Küstengebieten erhalten, wo seit 1920 Kampfstoffmunition aus deutscher und eigener Produktion versenkt wurde?

Im April 1995 wurden im ehemaligen Versenkungsgebiet (Paardemarkt) vor der belgischen Küste an sieben verschiedenen Stellen Sedimentproben entnommen. Zwei Vergleichsproben wurden zusätzlich außerhalb des Gebietes entnommen.

In einer ersten Phase wurden an den Proben chemische Übersichtsuntersuchungen durchgeführt. Aus den bisherigen Ergebnissen läßt sich kein Hinweis auf eine Verschmutzung durch die versenkte Munition ableiten.

In der zweiten Phase wurden die Sedimentproben gezielt auf das Hauptumwandlungsprodukt von Senfgas (Thiodiglykol) untersucht. Die Untersuchungsergebnisse waren in allen Fällen negativ.

Angesichts der o. g. Untersuchungsergebnisse entschieden die belgischen Behörden im Dezember 1995, die chemischen Untersuchungen vorerst auszusetzen. Bevor weitere chemische Untersuchungen geplant werden, soll zuvor eine exakte Ortung der Kampfstoffmunition mittels geophysikalischer Methoden (u. a. Side Scan Sonar) durchgeführt werden.

22. Welche Anstrengungen werden derzeit von den Ostseeanrainern unternommen, technische Möglichkeiten für die Bergung und den Transport sowie für die Vernichtung chemischer Kampfstoffaltlasten vom Meeresgrund zu untersuchen und zu schaffen?

Die Bundesregierung ist wie die anderen Ostsee-Anrainerstaaten der Auffassung, daß eine Bergung und Vernichtung der Kampfstoffmunition mit außerordentlich hohen Risiken und Kosten verbunden wäre. Zudem empfehlen alle Fachleute, von einer Bergung der Kampfstoffmunition abzusehen, da sie der Meinung sind, daß eine großräumige Gefährdung des marinen Ökosystems sowie eine Gefährdung der Küsten durch angeschwemmte Kampfstoffreste nicht gegeben ist. Infolgedessen wurden detaillierte Untersuchungen über technische Möglichkeiten zur Bergung, zum Transport und zur Vernichtung chemischer Kampfstoffe nicht durchgeführt. Gleichwohl verfolgt die Bundesregierung den weiteren Fortgang, insbesondere auch der noch laufenden Untersuchungen, und wird bei neuen Erkenntnissen angemessen agieren.

